



## Antrag

—

Fraktion DIE LINKE

### **Keine leeren Versprechen - Energiepreise senken - Menschen und Unternehmen entlasten**

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Derzeit leiden viele Verbraucherinnen und Verbraucher unter hohen Energie- und damit auch Lebenshaltungspreisen. Die Inflationsrate lag 2021 so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Die Mittelschicht, Menschen mit geringen Einkommen oder Rentnerinnen und Rentner müssen einen deutlich größeren Teil ihres Einkommens für Energie ausgeben. Sie sind deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Sofortmaßnahmen gegen die steigenden Preise und eine sozial gerechte Energiewende sind daher nötig.

Die Teuerungen stellen auch Unternehmen in Sachsen-Anhalt vor massive Probleme. Der Erhalt von guten, tarifgebundenen Arbeitsplätzen in Sachsen-Anhalt muss daher stärkere Berücksichtigung finden.

Der Landtag unterstützt daher den Ministerpräsidenten in der Forderung nach stärkerer Regulierung und dem Eingriff des Staates, um die Folgen der steigenden Energiepreise abzumildern, stellt aber gleichzeitig fest, dass dies nicht nur für Unternehmen, sondern auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher gelten muss.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich für folgende Maßnahmen einzusetzen oder sie auf Landesebene umzusetzen:

1. Sofortmaßnahmen gegen die steigenden Preise

- a) Einmalzahlung von 200 Euro an alle Menschen, die unter der Armutrisikoschwelle liegen,

- b) sofortige Erhöhung der Arbeitslosengeld-II-Sätze und der Grundsicherung mindestens in Höhe der Inflationsrate,
- c) dass das Wohngeld auf der Basis der Bruttowarmmiete gezahlt und um eine Komponente für Stromkosten erweitert wird,
- d) dass der CO<sub>2</sub>-Preis für das Heizen von Wohnungen durch die Vermieter\*innen zu übernehmen ist,
- e) ein sozial gerechtes Mobilitätsgeld, welches die Pendlerpauschale ersetzt: Unabhängig vom genutzten Verkehrsmittel wird ein fester Betrag pro Kilometer Arbeitsweg ausgezahlt, der für alle gleich hoch ist.

## 2. Für eine sozial gerechte Energiewende:

- a) gemeinsam mit den Kommunen, dass Strom- und Wärmenetze wieder in die öffentliche Hand überführt und demokratisch kontrolliert werden;
- b) dass die Strompreise wieder stärker überwacht und sozial gerechter gestaltet werden. Ein schärferes Wettbewerbs- und Kartellrecht für Strom-, Gas- und Mineralölkonzerne ist notwendig;
- c) dass die CO<sub>2</sub>-Steuer in ihrer derzeitigen Form nicht noch weiter angehoben wird. Sie ist weder wirksam noch sozial;
- d) ungerechtfertigte Profite, sogenannte „Windfall-Profits“, sollen eingezogen werden;
- e) den beschleunigten und verstärkten Ausbau der Erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt endlich anzugehen;
- f) die Energiewende in Sachsen-Anhalt stärker regional auszurichten und für deren Akzeptanz und Verankerung in der Bevölkerung zu sorgen, zum Beispiel Energiegenossenschaften und Bioenergiedörfer besonders zu fördern;
- g) einen Energieeffizienzfonds zum Umstieg auf eine effiziente, ressourcen- und energieschonende Wirtschaftsweise einzurichten;
- h) Förderprogramme zur energetischen Sanierung und Modernisierung bedarfsgerecht fortzusetzen.

## **Begründung**

Mit 3,1 Prozent lag 2021 die Inflationsrate so hoch wie seit 1993 nicht mehr. Für 2022 werden Preissteigerungen in ähnlichem Umfang vorausgesagt. Dabei haben sich Strom, Gas, Benzin, Heizöl und Gemüse besonders stark verteuert. Die Preise für Nahrungsmittel waren im Dezember um 6 Prozent gestiegen, für Energie sogar um 18 Prozent. Menschen mit geringem Einkommen oder kleiner Rente müssen einen deutlich größeren Teil ihres Geldes für Miete, Essen und Heizung ausgeben und sind deutlich stärker von der Teuerung betroffen. Im Vergleich dazu stieg der Bruttomonatsverdienst in Sachsen-Anhalt im Jahr 2021 durchschnittlich um 3,6 Prozent. Bezieher\*innen von Grundsicherung, Arbeitslosengeld, Rente und Bafög erleben eine faktische Kürzung ihrer Bezüge. Dabei hat das Geld schon vorher oft kaum zum Leben gereicht. Die bisherige Erhöhung von Hartz-IV um 3 Euro liegt mit 0,7 Pro-

zent weit unterhalb der Teuerungsrate und ist ebenfalls faktisch eine Kürzung der Bezüge. Auch der für Sommer angekündigte Heizkostenzuschuss von 135 Euro für Wohngeldempfänger\*innen geht am Ausmaß des Problems völlig vorbei. Nur ein kleiner Teil der Haushalte erhält Wohngeld, die Regierung spricht von 700 000. Hingegen sind deutschlandweit mehr als 13 Millionen Menschen von Armut bedroht (Paritätischer Armutsbericht 2021).

Viele Energieversorger haben dauerhaft höhere Preise und Vorauszahlungen angekündigt.

Zudem kommt eine Auszahlung im Sommer zu spät, wer wenig verdient, hat meist keine Rücklagen. Höhere Vorauszahlungen werden aber jetzt fällig.

Die Hoffnung der Regierung auf „Steuerung“ der Preise über Marktanzreize müssen viele Verbraucher\*innen nun mit deutlich höheren Lebenshaltungskosten bezahlen. Währenddessen steigen die Vermögen und Einkommen der Anteilseigner von Energie- und Lebensmittelkonzernen weiter in den Himmel. Das zeigt: Der Markt regelt es nicht und staatliche Eingriffe sind erforderlich, wie in anderen Ländern bereits geschehen.

Betroffen von den Preissteigerungen im Energiesektor sind in Sachsen-Anhalt aber auch vor allem kleine und mittlere Unternehmen und damit die wichtigste wirtschaftliche Grundlage im Land. Diese Unternehmen profitierten bisher nicht von den Steuer- und Umlagevergünstigungen, wie sie energieintensiven Unternehmen zugutekommen. Deshalb benötigen auch diese Unternehmen Unterstützung, um einerseits die aktuelle Kostensituation zu bewältigen und nicht in wirtschaftliche Schieflage zu geraten und andererseits den Umbau hin zu klimaa- und ressourcenschonendem Wirtschaften zu bewältigen.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitzende